

Unsere Anträge für die Landtagssitzung September 2018

www.linksfraktionmv.de



Lehrerinnen und Lehrer an Grundschulen gerecht vergüten ([Drs. 7/2571](#))

Die Angleichung der Gehälter von Grundschullehrkräften ist seit langem überfällig. Es gibt keine Gründe für eine unterschiedliche Bezahlung von Lehrkräften an Grund- und weiterführenden Schulen. Es ist wichtig diese Ungleichbehandlung endlich zu beseitigen und die Arbeit der Grundschullehrerinnen und -lehrer endlich so wertzuschätzen, wie sie es verdient haben. In der Grundschule werden die Grundlagen für den späteren Bildungsweg der Kinder geschaffen. Außerdem ist es wichtig über eine attraktive Vergütung junge Menschen dafür zu gewinnen, den Beruf eines Grundschullehrers in M-V zu erlernen und auszuüben.

Nutzfahrzeuge mit Abbiegeassistenten ausrüsten – Radfahrer und Fußgänger besser schützen ([Drs. 7/2570](#))

Bundesweit starben im Jahr 2017 37 Radfahrerinnen und Radfahrer und wurden 96 verletzt, weil sie beim Rechtsabbiegen von LKWs und Sattelzugmaschinen übersehen wurden. 2022 wird voraussichtlich europaweit vorgeschrieben werden, dass Abbiegeassistenten verpflichtend in Nutzfahrzeuge einzubauen sind. Bis dahin wollen wir nicht warten und weitere Todesopfer bzw. Schwerverletzte beklagen müssen. Ab 2019 sollen neue Nutzfahrzeuge in den Geschäftsbereichen der Ministerien ab 3,5 Tonnen Gesamtgewicht mit Abbiegeassistenten ausgestattet und für Bestandsfahrzeuge die Nachrüstung geprüft werden

Steuerfreie Risikoausgleichsrücklage für Landwirtschaftsbetriebe ermöglichen ([Drs. 7/2569](#))

Mit weltweiten Handels- und Personenströmen sowie Klimawandeleffekten sind bisher völlig oder regional unbekannte oder zurückkehrende tier- und pflanzengesundheitliche Gefahren verbunden. Sie führen in vielen Regionen Deutschlands zu immer höheren betrieblichen Risiken für die landwirtschaftliche Erzeugung, die sich nicht oder nur sehr begrenzt durch vorsorgliches betriebliches Handeln vermeiden lassen. Hinzu kommen extreme Wetterereignisse mit langanhaltenden Binnenhochwasser- oder Hochwasserlagen einerseits bzw. Dürreperioden andererseits, die zu betriebswirtschaftlich kaum mehr kalkulierbaren Produktionsrisiken in der pflanzlichen Erzeugung führen. Da diese Gefahren kaum vorhersehbar und durch betriebliches Handeln nicht abzuwehren sind, werden herkömmliche Versicherungssysteme zu teuer und für Landwirtschaftsbetriebe allein nicht finanzierbar. Eine steuerfreie Risikoausgleichsrücklage würde das betriebseigene Risikomanagement verbessern, ohne an anderer Stelle die öffentlichen Haushalte zu belasten oder teure und vielfach unwirksame Versicherungssysteme etablieren zu müssen. Wir fordern die Landesregierung daher auf, im Bundesrat Initiativen einzuleiten oder zu unterstützen, die die Einführung einer steuerfreien Risikoausgleichsrücklage für die Landwirtschaft zum Inhalt haben.

Aufgaben und Zusammensetzung der „Kommission Universitätsmedizin 2020+“ ([Drs. 7/2568](#))

Auf die Untreue-Vorwürfe gegen den ehemaligen Vorstandsvorsitzenden des Universitätsklinikums Rostock, Prof. Dr. med. Christian Schmidt, und auf die jahrelangen Defizite am Universitätsklinikum Greifswald reagierte Bildungsministerin Birgit Hesse Ende August mit dem Einsetzen einer Kommission. Sie soll die Strukturen und Vorgänge an den Universitätsklinika untersuchen und bis zum Jahr 2020 Empfehlungen für die Ministerin und die Aufsichtsräte erarbeiten, „wie in beiden Häusern eine angemessene medizin-ethische Orientierung gelebt und dokumentiert werden kann.“ Das Einsetzen dieser Kommission ist eine Flucht nach vorn. Das Parlament wurde hier umgangen. Deshalb fordern wir eine inhaltliche und personelle Erweiterung der Kommission und den Ersatz ihrer Bezeichnung durch den einer „Kommission Universitätsmedizin 2020+“.

Urlaub für alle – Verdoppelung der Unterstützung für Familienerholungsmaßnahmen ([Drs. 7/2567](#))

M-V ist eines von 8 Bundesländern, die einkommensschwache Familien finanziell unterstützt, um mit Kind und Kegel in den Urlaub zu fahren. In den vergangenen Jahren haben nur wenige Familien das Angebot genutzt, weil die Anforderungen absolut überzogen waren. Nach der Vereinfachung der Förderrichtlinie waren die 150.000 Euro für die Familien bereits Ende Juni aufgebraucht.

Die große Nachfrage macht deutlich, wie anhaltend hoch der Bedarf ist und dass es nach wie vor viele Familien in M-V gibt, die sich aus eigener Kraft keinen Urlaub leisten können. Ein schlecht bezahlter Job oder Arbeitslosigkeit bei den Eltern führen dazu, dass es viele Kinder gibt, die noch nie verreist sind und somit Urlaub an einem anderen Ort gemacht haben. Das ist eine Schande für ein so reiches Land. Erholung, Regeneration und die Möglichkeit außerhalb des Alltags intensiv Zeit mit der Familie zu verbringen darf kein Privileg sein.

Wir wollen deshalb, dass die zur Verfügung stehenden Mittel von 150.000 auf 300.000 Euro für 2019 verdoppelt werden. Zukünftig könnten dann mehr Familien von dem Zuschuss profitieren.

Karenzzeiten für Mitglieder der Landesregierung einführen ([Drs. 7/2572](#))

Was haben die EU-Kommission, die Bundesregierung und viele Landesregierungen, was die hiesige Landesregierung nicht hat? Die Antwort lautet: Karenzzeiten. Mit solchen Ruhezeiten soll der Anschein einer voreingenommenen Amtsführung im Hinblick auf eine spätere Tätigkeit im privaten Sektor entgegenwirkt werden. Für Beamtinnen und Beamten ist das selbstverständlich, für Frau Schwesig und ihre Kabinettskollegen nicht. Die Landesregierung prüft und prüft seit vielen Monaten, offenbar ist Manuela Schwesig mittlerweile sogar eingeschlafen. Wie im Märchen werden wir nun Dornröschen Manuela aufwecken und im Landtag beantragen, dass die Regierung bis spätestens Ende dieses Jahres einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen soll. Demnach soll die Dauer der Karenzzeiten grundsätzlich 18 Monate nicht unterschreiten. Die Regierung soll ferner auf Grundlage einer Empfehlung eines Gremiums über die Genehmigung entscheiden und die Öffentlichkeit informieren. So kann eine private Tätigkeit problemlos aufgenommen werden, wenn kein Zusammenhang zwischen der angestrebten und der bislang ausgeübten dienstlichen Tätigkeit besteht sowie eine Beeinträchtigung dienstlicher Interessen ausgeschlossen ist.

Sichere Existenz für Kinder und Jugendliche – eigenständige Kindergrundsicherung umgehend einführen ([Drs. 7/2566](#))

Der Deutsche Kinderschutzbund veröffentlichte am 22. August 2018 Zahlen, die belegen, dass die Kinderarmut in Deutschland noch weitaus höher ist, als angenommen. Bundesweit sind 4,4 Millionen Kinder von Armut betroffen, das sind 1,4 Millionen mehr, als bislang in der Öffentlichkeit bekannt war. Mecklenburg-Vorpommern liegt neben Bremen und Berlin abgeschlagen auf den hinteren Plätzen. Die Kinderarmut ist hier konstant hoch und liegt laut dem Mikrozensus für das Jahr 2016 bei 27,8 Prozent. Laut den neuesten Erkenntnissen des Kinderschutzbundes vermutlich sogar noch weitaus höher.

Nahezu jedes dritte Kind in Mecklenburg-Vorpommern ist von Armut betroffen oder bedroht und das konstant seit Jahren. Dennoch übt sich die Landesregierung seit jeher im Wegschauen. Weder im Koalitionsvertrag, noch in der aktuellen parlamentarischen Arbeit oder im Regierungshandeln von SPD und CDU lassen sich Ansätze, Strategien, Maßnahmen oder Vorhaben zur Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut finden. Das muss sich nach Auffassung der Linksfraktion dringend ändern.

Wir brauchen wirksame Instrumente, um Armut von vornherein zu verhindern und allen Kindern ein Aufwachsen mit gleichen Chancen und uneingeschränkter Teilhabe zu ermöglichen. Mit dem vorliegenden Antrag fordern wir eine eigenständige, am Existenzminimum orientierte Kindergrundsicherung für alle Kinder und Jugendlichen. Sie darf nicht auf staatliche Transferleistungen angerechnet werden und muss einfach zugänglich sein.

Zudem fordern wir ein umfassendes Maßnahmenpaket gegen Kinderarmut, Anlauf- und Beratungsstellen in allen Regionen des Landes, eine regelmäßige, geschlechterdifferenzierte Sozialberichterstattung, einen Armutscheck für Landesgesetze und Rechtsverordnungen sowie die Einrichtung einer Landeskommission gegen Kinder- und Familienarmut, die ressortübergreifend tätig ist.

Aussprache Dank den Brandschützern - Brandschutz zukunftsfest gestalten

Wir wollen die Aussprache nutzen, um allen Einsatzkräften öffentlich für den außergewöhnlichen Einsatz danken. Zugleich wurden aber in diesem Zusammenhang – spätestens nachdem sich der Rauch verzogen hatte – zahlreiche Probleme sichtbar. Auch diese wollen wir sachlich ansprechen. Dabei geht es etwa um die künftige Finanzierung der Landesschule für Brand und Katastrophenschutz in Malchow. Dies darf auf keinen Fall zu Lasten des Brandschutzes in der Fläche gehen.

Aussprache Gleichstellung in und Unabhängigkeit der Justiz gewährleisten

Anlass für die Aussprache ist die Verzögerung bei der Besetzung der Stelle des leitenden Oberstaatsanwalts beim Generalstaatsanwalt. Angeblich trat die Verzögerung ein, weil es Gespräche zwischen der Ministerpräsidentin und der Justizministerin bezüglich der Unterpräsenz von Frauen in Führungspositionen der Justiz gab. Das Ansinnen nach einem höheren Frauenanteil in Führungspositionen teilen wir, allerdings hätte trotzdem das Besetzungsverfahren nicht verzögert werden dürfen.

„Tag der Menschen mit Behinderungen“ in Mecklenburg-Vorpommern dauerhaft etablieren (CDU, SPD und DIE LINKE) ([Drs. 7/2580neu](#))

Nachdem in der Vergangenheit unsere Anträge, einen Tag für Menschen mit Behinderungen regelmäßig abgelehnt worden, zuletzt im März dieses Jahres, nehmen wir zur Kenntnis, dass es offensichtlich ein Umdenken bei den Koalitionsfraktionen gibt. Am 28. Oktober 2010 gab es einen ersten „Tag der Menschen mit Behinderungen“. Dieser wurde in der Tagungsbroschüre als ein wichtiges Forum für Begegnungen und Gespräche gewertet. Von vielen Beteiligten wurde der Wunsch geäußert, dieses Format fortzuführen. Ob dieser Tag künftig im Schloss möglich sein wird, das muss geprüft werden, aber der Landtag sollte die Belange von Menschen mit Behinderungen und deren Willen, sich in Politik und Gesellschaft einbringen zu wollen, ebenso ernst nehmen wie gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen.